

Vorstand des Mieterbeirates der Landeshauptstadt München
Katja Weitzel, Albrecht Schmidt, Gabriele Meissner

Antrag Nr. 5/2010: Sozialverträglicher Verkauf der Wohnungen der GBW AG

München, 19.04.2010

Antrag zur öffentlichen Sitzung des Mieterbeirates

Der Mieterbeirat möge beschließen:

Die Bayerische Staatsregierung als Eigentümerin der BayernLB und damit auch der GBW AG muss dafür Sorge tragen, dass die Mietverträge der betroffenen ca. 8000 Wohnungen in München vor dem Verkauf an Interessenten durch folgendes ergänzt werden müssen:

1. Das Kündigungsrecht der Vermieterseite wird für die Lebenszeit der Mieter ausgeschlossen.
Die Mieter erhalten ein lebenslanges Wohnrecht.
2. Mieterhöhungen sind nur im sozialverträglichen Rahmen zulässig.

Des Weiteren darf die Bayer. Landesbank die Wohnungen nur an Interessenten verkaufen, die nach Ihrem bisherigen Verhalten die Gewähr bieten, am Erhalt des Mietwohnungsbestandes in der bisherigen Form festhalten zu wollen. Dabei sollen interessierte gemeinnützige Wohnungsunternehmen der öffentlichen Hand und Genossenschaften bevorzugt werden.

Begründung:

Die Bayer. Landesbank ist durch EU-Auflagen gezwungen, sich von Ihren Wohnungsbeständen (11.000 Wohnungen in Bayern, davon 8.000 in München) zu trennen.

Die Mieter tragen für diese Auflagen keine Schuld und müssen deshalb vor den Schäden bewahrt werden. Dies gelingt am besten, wenn die "Initiative für Wohnungsmiete" dabei zum Zuge käme. Hier handelt es sich um einen Zusammenschluss von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften mit dem Ziel des Erhalts von preiswertem Wohnraum.

Es darf nicht sein, dass die Wohnungen alle von den Städten und Gemeinden gekauft werden müssen und dann für andere wichtige Investitionen kein Geld zur Verfügung steht.